

Die WGH unterstützt den Bürger-Protest

Die Partei sammelt Unterschriften
gegen Straßenbaubeiträge.

Von Silvia Wiethoff

Haltern. Die WGH hat die Volksinitiative „Straßenbaubeitrag abschaffen“ tatkräftig in Haltern unterstützt. Mitglieder der Partei sammelten am Freitag am Rande des Halterner Wochenmarktes in etwa 2,5 Stunden 298 Unterschriften von Bürgern, die sich gegen die Kostenbeteiligung von Bürgern bei endgültigen Straßenausbauten richtet.

Der Bund der Steuerzahler hat die Volksinitiative ins Leben gerufen, um den Landtag dazu zu bewegen, die Straßenbaubeiträge für Grundstückseigentümer in Nordrhein-Westfalen abzuschaffen. Die Abgabe sei willkürlich und in ihrer Höhe häufig existenzbedrohend, sagte der Landesvorsitzende Heinz Wirz.

Resolution verabschiedet

Diese Meinung teilt in Haltern nicht nur die WGH. CDU- und FDP-Fraktion haben jeweils einen entsprechenden Antrag im Stadtrat eingereicht. Die Resolution wurde dann einstimmig im Rat verabschiedet.

Die Stadt Haltern sieht den Sachverhalt anders: „Den Grundstückseigentümern bzw. Erbbauberechtigten (also Beitragspflichtige) entstehen durch die straßenbaulichen Maßnahmen wirtschaftliche Vorteile, so zum Beispiel durch die verbesserte verkehrliche Erschließung der jeweiligen Grundstücke“, ist auf der städtischen Homepage nachzulesen.

Derzeit werden Grund-

stückseigentümer in NRW an den Kosten beteiligt, wenn das Straßennetz erneuert, erweitert oder verbessert wird. Rechtsgrundlage dafür sind das Kommunalabgabengesetz NRW und die Satzungen der Kommunen. Auch in Haltern gibt es eine solche Festlegung.

„Existenzgefährdend“

Wie auch Herten und Waltrip beteiligt sich die Stadt mit bis zu 50 Prozent an den Ausbaurkosten einer Straße. Dorstener Bürger müssen noch tiefer in die Tasche greifen. Sie müssen 80 Prozent der Kosten tragen. „Straßenbaubeiträge in fünfstelliger Höhe sind existenzgefährdend“, erklärt Heinz Wirz. „Das betrifft vor allem junge Familien und Rentner. Sie fordern nicht irgendwelches Geld vom Staat, sondern wollen nur kein existenzgefährdendes Sonderopfer leisten.“

Straßenbaubeiträge dürfen aber nicht mit Erschließungsbeiträgen verwechselt werden. Letztere werden vom Grundstückseigentümer erhoben, wenn sein Grundstück zum ersten Mal von einer fertiggestellten Straße erschlossen wird.

Die WGH werde die gesammelten Protest-Unterschriften aus Haltern in dieser Woche an den Bund der Steuerzahler nach Düsseldorf schicken, kündigte Fraktionsvorsitzender Ludwig Deitermann an. Insgesamt seien in Haltern 900 Unterschriften zusammengekommen.





Die WGH stieß mit ihrer Aktion auf dem Halterner Wochenmarkt auf reges Interesse.

FOTO WGH